

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 9.

Charlottenburg, Freitag, den 4. März 1921.

48. Jahrg.

Brennende Speicher.

Von Dr. Alfred Striemer.

Im reichen Amerika verbrennt man Korn, weil es im Preise tiefer steht als die Kohle. Dort werden mit Baumwolle gefüllte Speicher in Brand gesteckt, um die Preise aufzubessern. In Mitteleuropa, besonders in Deutschland und Oesterreich, reicht das Brot nicht aus und fehlt die Baumwolle, um die notwendigen Bekleidungsstücke herstellen zu können. Millionen Arbeitskräfte liegen brach, den Seeschiffen fehlt es an Frachten, in den Haushaltsplänen der Nationen riefige Defizite, Fehlbeträge, für die vergeblich Deckung gesucht wird. Wo liegt die Ursache der furchtbaren Störungen? Zwischen den Korn und Baumwolle erzeugenden Farmern Amerikas und den auf diese lebensnotwendigen Güter angewiesenen Arbeitern Europas fehlt diejenige Verbindung, die den Ausgleich in der Bedürfnisbefriedigung herzustellen vermag. Der Welthandel, der sich diese Aufgabe ja gestellt hat, versagt, er verfügt zwar über gefüllte Lagerhäuser, läßt aber doch die Arbeitswilligen hungern und frieren. Den Arbeitslosen aber verwehrt das Gesetz, sich anzueignen, was ihnen fehlt; es muß es tun, um die „Ordnung“ zu erhalten.

Wie gelangt die Menschheit aus diesem fehlerhaften Kreislauf der Weltwirtschaft, die so gewaltige Schätze birgt, daß alle Menschen der Not entrissen werden können, heraus? Den Handel leitet der Gewinn, nicht das Pflichtgefühl, von nationalwirtschaftlichen oder weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten aus die Befriedigung der Bedürfnisse vorzunehmen. Kann das Ausland irgend ein Erzeugnis aus irgendwelchen besonderen Ursachen billiger abgeben, als die heimische Industrie es herzustellen vermag, führt der Importeur die Ware ein ohne Rücksicht darauf, daß heimische Arbeiter außer Brot gebracht werden. Nur darauf, daß ihm das Geschäft Geld einbringt, kommt es für ihn an; den Ausgleich der durch seine Einfuhren verursachten Störungen überläßt er mit Ruhe der freien Entwicklung, dem freien Spiel der Kräfte.

Weil der Handel nur im eigenen Interesse handelt und spekuliert, und weil dabei die Arbeiterklassen der Völker bittere Not leiden müssen, kann diese nur überwunden werden, wenn das Eigeninteresse des Handels dem volkswirtschaftlichen Interesse Platz machen muß. Wir brauchen Brot, Futter, Rohstoffe, die in anderen Ländern überreichlich vorhanden sind. Aber, sagt man uns, wir seien zu arm, um sie kaufen und herholen zu können. Ist das wahr? Ist ein Volk arm, das eine Million und mehr Hände, fleißige und geschickte Hände frei hat, die arbeiten können und wollen? Geht hin, sendet Boten dorthin, wo Getreide und Baumwolle verbrannt werden und fragt sie, was ihnen die deutschen Arbeiter dafür geben können! So reich an Gütern, daß sie keinerlei Bedarf mehr haben, sind z. B. diese amerikanischen Farmer sicher nicht! Redet nicht von Geld und Valuta! Nehmt Waren in die Hände und tauscht sie gegen das, was wir so bitter dringlich brauchen. Weil der Geldhandel versagt, für den der Handel Spekulation ist, darum sollen arbeitsfähige Völker hungern? In der Arbeiterschaft selbst liegt es, ihre Macht einzusetzen, die internationale Solidarität der Arbeiterklasse zu Hilfe zu nehmen.

Die Warentauschgesellschaften brauchen nicht erst erfunden zu werden, sie sind bereits da aber sie müssen in den Dienst einer großen nationalen Bedarfsdeckungswirtschaft gestellt werden als soziale Handelsunternehmungen. Es ist Sache der Regierung und der Gewerkschaften, den Warentausch großzügig in die Hand zu nehmen, mit den amerikanischen Farmerorganisationen und anderen zu verhandeln und statt Kredit mit teuren Zinsen direkt Bestellungen auf deutsche Waren anzunehmen.

Ein internationales Arbeitsamt ist ins Leben gerufen worden, aber ein internationales Warentauschamt ist nicht weniger bedeutungsvoll. Seine Aufgabe müßte es sein, Ueberfluß und Mangel in der gesamten Weltwirtschaft auf Grund genauer Beobachtungen festzustellen und den Ausgleich zu veranlassen mit Hilfe eines sozialen Welthandels. Heute ist der Welthandel in außerordentlich hohem Maße ein Spekulationshandel, an dem sich nur Händler beteiligen können, die die Marktlage mit völliger Entschlußfreiheit auszunutzen in der Lage sind.

Die in jüngster Zeit zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei getroffenen Tauschabmachungen, Zuder gegen Kohle, auch die Vereinbarungen mit Holland zeigen, daß der Weg des sozialen Tauschhandels praktisch beschritten werden kann. Hinzuweisen ist auch auf die Tätigkeit der mit deutsch-amerikanischem Kapital gegründeten „Amstea“, die amerikanischen Schiffsbauwerkstätten gegen deutsche Kleineisenwaren zu tauschen begonnen hat.

Wenn wir allerdings nach den Vereinigten Staaten z. B. irgendwelche deutschen Erzeugnisse bringen wollen, die dort selbst ebenso gut und preiswert hergestellt werden, so würden wir mit unseren Tauschwaren gegen amerikanisches Getreide, Petroleum, Baumwolle oder Kupfer nichts anderes tun, als amerikanische Industriearbeiter freisetzen. Das tut ja der freie Export- und Importhandel. Nur auf dem Wege der Verständigung nach volkswirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen kann der Welthandel ein Warentauschverkehr werden, der verhindert, daß wirtschaftliche Ungeheuerlichkeiten, wie sie sich in Krisenzeiten herausgebildet haben, auch in Zukunft wieder erscheinen können. Die Tatsache, daß amerikanische Farmer dem deutschen Volk Milchkuhe und Lebensmittel zum Geschenk machen, zeigt doch deutlich genug, daß sie die Widersinnigkeit der gegenwärtigen Wirtschaftslage voll begreifen. Nehmt deutsche Spielwaren, Musikinstrumente, Glas- und Porzellanwaren und fragt den amerikanischen Farmer, ob er sie gegen Getreide nehmen will. Von Kali gar nicht zu reden. Heute verkauft sowohl die Standard Oil ihr Petroleum als das deutsche Kalisyndikat sein Kali gegen Devisen.

Daß Gütererzeuger miteinander tauschen können, ist klar. Der Bauer oder die Kohlengrube können ihre Erzeugnisse gegen Baumaterialien und die Dienste der beschäftigten Arbeiter ebenfalls gegen ihre Erzeugnisse tauschen. Will der Bauer aber ein Haus bauen, dessen Kostentwert dem Ertrag von 20 Ernten entspricht, so entsteht doch die Frage, wo sind die Erträge von 20 zukünftigen Ernten auf einmal verfügbar zu machen als Tauschmittel für die Errichtung eines Hauses, das in einem Sommer erbaut werden kann? Zum Aufbau der Wirtschaft müssen wir also Mehrarbeit leisten, mehr als zu unserem Lebensunterhalt notwendig ist, wir müssen Ersparungen machen, wir müssen für zukünftigen Gebrauch und Verbrauch vorgetane Arbeit leisten, d. h. Kapital bilden.

Schließen sich aber fünf Bauern zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen und jeder Bauer erzeugt soviel Lebensunterhaltsmittel über den eigenen Bedarf mehr, daß jeder von ihnen einen Bauarbeiter miternähren kann, so können diese fünf Bauarbeiter jedem Bauern jährlich ein Haus bauen im Kreis gesellschaftlicher Arbeit ohne Auffammlung vorgetaner Arbeit, d. h. Kapital. Immer ist aber ein Ueberfluß an Produktion über den eigenen Bedarf erforderlich. Solche Ueberflüsse in der Weltwirtschaft sind aber da, dagegen fehlt es an der gesellschaftlichen Zusammenarbeit.

In der Weltwirtschaft fehlt die Arbeitsteilung. Kapitalistische und nationalistische Interessen führen zu Absperrungen der Wirtschaftsvölker gegeneinander, anstatt daß sie sich zu gesellschaftlichen

Zusammenarbeit finden. Je mehr Menschen da sind, die in geleiteter Arbeitsteilung produzieren können, desto größer wird die Zahl von Genuß- und Gebrauchsgütern, die jeder einzelne erwerben kann. Ueberproduktionen sind bei dem riesigen Bedarf der Menschheit eine völlige Unmöglichkeit. Man bezeichnet fälschlicherweise Störungen im Zirkulationsprozeß, Warenanhäufungen an einzelnen Verkehrspunkten als Ueberproduktion, die gar nicht besteht. Würde eine volkswirtschaftliche und weltwirtschaftliche Denkweise die Gesellschaftswirtschaft der Erde leiten, ein bewußtes Zusammenarbeiten an Stelle des Gegeneinanderarbeitens bestehen, dann würden wir bald erkennen, daß noch viel zu wenig Hände da sind, um eine Weltkultur zu schaffen. Deshalb müssen wir uns für die Forderung einsetzen, daß das internationale Proletariat die Schaffung eines Warenaustauschamtes erzwingen muß, das in dem Chaos der kapitalistischen Gütererzeugung die Wege für den Ausgleich zeigt.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Neue Pläne für die Milchbewirtschaftung. — Fallen der Weizenpreise in Amerika. — Ablehnung der Erhöhung der Kalipreise. — Tabakeinfuhr. — Freie Flachsbewirtschaftung. — Die Lage des Zuckermarktes.

Die Bestrebungen, aus der Zwangswirtschaft herauszukommen, ziehen weitere Kreise. Bis vor kurzem galt es noch als selbstverständlich, daß gegenwärtig Brotgetreide und Milch die freie Wirtschaft nicht vertragen können. Die Pläne, wie mit Brotgetreide im nächsten Wirtschaftsjahre verfahren werden soll, sind bekannt. Noch gründlicher soll die Umwandlung in der Milchwirtschaft geschehen. Hier beabsichtigt man, die Lieferung für die Städte ganz auf den freien Vertragsabschluß zu stellen. Die Milchlieferung wird damit nicht besser. Die Gefahr eines vollständigen Versagens der Milchzufuhr könnte katastrophal wirken, denn der Mangel an Milch bedroht die Ernährung der Kinder, deren Unterernährung uns die hohe Sterblichkeitsziffer der letzten Jahre erklärt. Der freie Vertragsabschluß für die Milchlieferung muß mit einer erheblichen Preissteigerung einhergehen und bringt die städtischen Verwaltungen in eine äußerst üble Lage, da keine Sicherheit besteht, den für die Kinder notwendigen Milchbedarf zu decken. Alle bisherige Erfahrung spricht dafür, daß die Lieferungsverträge nicht erfüllt werden, es sei denn, daß ein übermäßig hoher Preis garantiert wird, der es verhindert, die Milch für die Herstellung von Butter noch vorteilhafter zu verwenden. Gibt man die Milch frei, wird man die Abgabe von Butter nicht aufrechterhalten können, deren Bewirtschaftung auch weniger erforderlich ist, da die Versorgung mit Fett erheblich besser geworden ist. Butter ist für die ärmere Bevölkerung sowieso ein Luxusartikel geworden, den sie den Bessersituierten überlassen muß. Mag der Landwirt am Butterpreis reichlichen Nutzen einstreichen, die Milchabgabe sollte ihm zur Pflicht gemacht und der Preis in erträglichen Grenzen gehalten werden. Keine städtische Verwaltung wird die Garantie übernehmen können, daß sie durch Lieferungsverträge den dringenden Bedarf für die Kinderernährung herbeischaffen kann, die Verantwortung wäre riesengroß. Dazu käme ein wilder Wettbewerb der städtischen Gemeinden, um die Verträge zum Abschluß zu bringen und ein gegenseitiges Sinauftreiben der Preise, an der die Interessenten ihre helle Freude hätten.

Das Ernährungsprogramm ist, nach allem, was in letzter Zeit bekanntgegeben, nur von dem Grundsatz geleitet: Wie erreichen wir eine Erhöhung der Lebensmittelpreise in Deutschland? Das zu einer Zeit, wo die Arbeitslosigkeit die Lebenshaltung zahlreicher Familien immer tiefer hinabsinken läßt und man allertwärts ungeduldig auf einen Preisabbau wartet.

Mit einem schnellen Ruck hat sich in Amerika dieser Preishurz bis nahezu auf das Niveau vor dem Kriege vollzogen. Bis zum Sommer des Vorjahres war dem amerikanischen Landwirt für den Zentner Weizen von der Regierung der Preis von 4,15 Dollar garantiert. Die Hoffnung der amerikanischen Farmer, daß die Preise weiter in die Höhe gehen werden, hat sich als irrig erwiesen. Nachdem Kanada, Argentinien, Indien und Australien mit großen Beständen auf dem Markt kamen, sank der Preis unter die garantierte Grenze und zwingt nunmehr die amerikanische Landwirtschaft, sich ganz dem Preis des Weltmarktes anzupassen. Für die deutsche Wirtschaft wirkt die Entwertung unserer Mark wie eine hoch aufragende Schutzollmauer, die abzutragen nicht in unser Interesse liegt.

Trotzdem früher England und die Balkanstaaten einen erheblichen Teil des Bedarfs an Brotgetreide in Europa deckten, entstand im Jahre 1920 auf dem Weltmarkt keine Bedrückung, weil nicht nur in Deutschland, sondern auch in den westeuropäischen

Staaten eine verminderte Kaufkraft der Bevölkerung zur Bedarfsbeschränkung führte. Müßte man doch in Frankreich und Italien vorübergehend wieder zur Einführung der Brotkarte übergehen.

Während sonst in landwirtschaftlichen Interessentkreisen mit viel Eifer die freie Wirtschaft gefordert wird, steht man mit mehr Verständnis der Zwangswirtschaft da gegenüber, wo der eigene Vorteil leicht erkennbar ist. Die Preiserhöhung für Kali konnte nur unter dem Kaliumwirtschaftsbund abgelehnt werden, und es ist bisher keinem der Wortführer des Bundes der Landwirte eingefallen, zu behaupten, daß im freien Markt Kali zu mäßigerem Preise zu haben wäre. Auch in der Tabakbewirtschaftung tritt dieser Widerspruch hervor. Freigabe des inländischen Tabaks — natürlich. Als aber jetzt die Preise stark gedrückt wurden unter dem Angebot vom Ausland und die Tabakfabrikation die vollständige Freigabe der Einfuhr ausländischer Tabake forderte, kommen auf einmal die Tabakbauern zu dem Verlangen, auf keinen Fall diesem Begehren der Fabrikanten stattzugeben. Man befürchtet, der Preis für inländischen Tabak werde noch weiter herabgehen, denn der Auslandsmarkt ist überfüllt und drängt bei fortgesetzt fallenden Preisen zum Absatz.

Wir dürfen uns darauf gefaßt machen, daß sehr bald für einige landwirtschaftliche Produkte Preisgarantien verlangt werden. Die Bewirtschaftung des Flachses gibt solchen Ansprüchen bereits freien Lauf. Man befürchtet, daß die enorm hohen Preise für inländischen Flachss doch nicht mehr lange zu halten sind und schlägt deshalb vor, daß ein Teil des Flachses zu den festen Preisen von den Mönstereien abgenommen werden soll und die Spinnereien und Webereien die gleichen Verpflichtungen erfüllen müssen, um so künstlich einen Preis zu halten, der bereits sinkende Tendenz zeigt. Eine solche Preisversicherung muß mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden, denn wir würden künstlich eine Gesundung unserer Wirtschaft aufhalten. Das arbeitende Volk begrüßt die Senkung der Preise für Wäsche; aber wir sind noch weit von dem Tiefstand entfernt, zu dem wir gelangen müssen, damit die Käufer zu Hunderttausenden erscheinen können, um die großen Lücken auszufüllen, die im Haushalt entstanden sind. Es kann nicht oft genug gesagt werden: Wir müssen den Massenkonsum haben, nicht aber durch die hohe Preislage die Befriedigung dringender Bedürfnisse unterdrücken. Ergibt sich für Flachss ein Preis, der dem des Weltmarktes gleich ist; ist ferner unter Berücksichtigung der niederen Baumwollpreise anzunehmen, daß die Flachsspreise in Schach gehalten werden, so kann die Zwangsbewirtschaftung hier ruhig aufgehoben werden.

Günstiger als bisher scheint in diesem Jahre die Zuckerproduktion sich zu entwickeln. Man rechnet mit einer Bedarfsdeckung, die erheblich höher steht als im vorigen Jahre. Die Zuckerproduktion weist auch im Ausland eine erhebliche Zunahme auf. Amerika soll ein Mehr von 14 Millionen Zentnern auf den Markt bringen. Die Preise sind so stark abwärts gegangen, daß an der New Yorker Börse der Zentner auf 320 bis 337 Mt. sank. Bei der Umrechnung ist der Dollar mit 60 Mt. in Ansatz gebracht. Dem amerikanischen Senat liegt bereits eine Wenderung zum Zolltarif vor, die in Aussicht nimmt, den Zoll für Zucker zu erhöhen. Bei einer solchen Preislage im Ausland dürfen wir damit rechnen, daß nunmehr auch in Deutschland die Aufwärtsbewegung aufhört und der Freigabe von Zucker nicht mehr die großen Bedenken gegenüberstehen, wie bisher.

Die Sozialdemokratie ist weit entfernt davon, die Zwangswirtschaft um jeden Preis aufrechtzuerhalten; sie hält sie nur da für erforderlich, wo die Bedarfsdeckung nicht befriedigt werden kann und somit wüste Spekulation zur Preistreiberei führen muß. Die Preisbestimmung der Ware wird für absehbare Zeit keinen anderen Gestalter haben als Angebot und Nachfrage; es sei denn, daß durch Trusts oder durch Sozialisierung einer Industriegruppe für den Vertrieb einer Ware ein Monopol geschaffen wird, das sich dem freien Markt entzieht. So schroff sich diese beiden Systeme in der Wirtschaftsführung gegenüberstehen, in ihrem Ziel haben sie etwas Gemeinsames. Aber sie trennen sich dort, wo das eine dem kapitalistischen Interesse dient, während das andere dem Volksganzen zustrebt.

Das Oberschiedsamt.

Dritte Sitzung am 18. und 19. November 1920 in Berlin, Hotel „Russischer Hof“.

Streitfall Nr. 50.

Sachverhalt: Auf Grund einer vor längerer Zeit getroffenen Vereinbarung zwischen der Firma Porzellanfabrik R. Steinmann, Liefersfurt, und den Hilfsdrehern wurden diese um 15 bis 25 Proz. niedriger als die gelernten Dreher (Facharbeiter) entlohnt. Die betr. Arbeiter erkannten später, daß diese Ver-

Einigung im Widerspruch zum N.-L.-B. steht und verlangten deshalb die gleichen Stückpreise ohne Abzug, die für die gelernten Dreher gelten. Da die Firma diesem Verlangen nicht Rechnung trug, wurde das Gauschiedsamt Schlesien-Sachsen angerufen. Dieses entschied am 24. September 1920 zugunsten der Hilfsdreher. Die Firma rief gegen diesen Schiedsspruch das Oberschiedsamt an. In der Begründung wurde von der Firma die Auffassung vertreten, daß es zulässig sei, die noch nicht als Facharbeiter geltenden Arbeiter auch dann, wenn sie in Abteilungen von Facharbeitern beschäftigt werden, mit geringeren Stückpreisen abzufinden als die Facharbeiter. Und zwar sei eine geringere Bezahlung solange zulässig, bis die betreffenden Arbeiter ein halbes Jahr länger in der Abteilung beschäftigt sind, als die Lehrzeit beträgt. Erst nach dieser Beschäftigungsdauer, nach welcher sie die Facharbeitereigenschaft erworben haben, hätten sie Anspruch auf die Stückpreise der Facharbeiter.

Unsererseits wurde dagegen unter Hinweis auf § 40 des Nürnberger Vertrages und § 27 des neuen N.-L.-B. die Auffassung vertreten, daß in Abteilungen der Facharbeiter die Stückpreise nach der Affordbasis für Facharbeiter zu errechnen sind und auch in voller Höhe für alle in diesen Abteilungen beschäftigten Arbeiter, auch bei denjenigen, die noch nicht als Facharbeiter gelten, in Anrechnung kommen müssen. Der Unterschied zwischen Facharbeitern und solchen, die noch nicht die Facharbeitereigenschaft besitzen, besteht nur darin, daß den letzteren bei Minderverdienst im Gegensatz zu den Facharbeitern nicht der Mindestlohn der Facharbeiter, sondern nur der für sonstige Arbeiter garantiert sei.

Schiedsspruch zu Nr. 50.

Der angefochtene Spruch des Gauschiedsamts wird bestätigt, und es sind daher die hier in Frage stehenden Hilfsdreher Waltherr, Eichhorn und Altman mit dem für die gelernten Dreher festgesetzten Stücklohn zu entlohnen. Der bisher erfolgte Abzug ist zurückzubehalten.

Begründung: Es kommt darauf an, welche Auslegung der § 40, Absatz 2 des alten Tarifvertrages vom Januar 1920 und § 27 des neuen Tarifs vom Oktober 1920, die hier die Grundlage bilden, zu erfahren haben. Klar ist, daß die Durchschnittsleistung der betreffenden Facharbeitergruppe, in der die Beschäftigung stattfindet, zugrunde zu legen ist. Zweifel sind entstanden darüber, ob dasselbe auch für die Affordbasis zu gelten hat. Das Oberschiedsamt ist der Ansicht, daß die §§ 40, Absatz 2, und 27 unbedingt in diesem Punkte folgendermaßen auszulegen sind:

Es muß bei der Festsetzung der Stücklöhne auch die Affordbasis zugrunde gelegt werden, die für die Facharbeiter in der betreffenden Beschäftigungsgruppe gilt. Daraus geht hervor, daß in der Tat ein weniger geübter Arbeiter denselben Stücklohn erhält wie ein geübter gelernter Arbeiter, der in derselben Arbeitergruppe mit solcher Beschäftigung befaßt ist. Es wird nicht verkannt, daß sich dabei Unbilligkeiten ergeben können, wenn durch qualitativ geringere Arbeit dem Unternehmer ein Ausfall infolge des geringeren Wertes der hergestellten Ware entsteht. Es ist dabei berücksichtigt, daß der Unternehmer sich hiergegen dadurch schützen kann, daß er die anzulernenden Arbeiter solange im Zeitlohn beschäftigen kann, bis sie qualitativ vollwertige Arbeiten zu leisten imstande sind.

Streitfall Nr. 51.

Sachverhalt: Die Firma Tiesch & Co. in Altwasser zahlte den Arbeiterinnen und Arbeitern unter 16 Jahren niedrigere Stückpreise als den älteren Beschäftigten. Dazu glaubte sich die Firma berechtigt, weil im N.-L.-B. für Beschäftigte unter 16 Jahren Mindestlöhne nicht festgesetzt sind. Der Betriebsrat vertrat dagegen die Auffassung, daß, wenn auch für diese Jugendlichen Mindestlöhne nicht garantiert seien, sie doch die gleichen Stückpreise wie die übrigen Arbeiterinnen und Arbeiter bekommen müßten. Eine Verständigung im Betrieb war nicht möglich, und der Betriebsrat rief deshalb das Gauschiedsamt an und verwies dabei darauf, daß der N.-L.-B. für alle Arbeiterinnen und Arbeiter ohne Unterschied des Alters gilt und auch im § 28 (Nürnberger Vertrag) bezüglich der Stückpreisberechnung für Jugendliche eine Ausnahme nicht vorgesehen sei. Das Gauschiedsamt fällt folgende Entscheidung: „Die Firma C. Tiesch, Altwasser, hat auch für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen die Affordlohnätze mit der gesetzlichen Arbeitervertretung gemäß § 39 des Nürnberger Tarifvertrages festzusetzen, wobei der § 28 desselben Vertrages anzuwenden ist.“

Gegen diese Entscheidung erhob die Firma beim Oberschiedsamt Einspruch. In der Begründung wurde hervorgehoben, das Gauschiedsamt hätte sich bei der Entscheidung zu Unrecht auf § 28 des Nürnberger Vertrages gestützt, es hätte vielmehr § 33 beachtet werden müssen, in dem bezüglich der ab 1. Januar 1920

erfolgten Lohnregulierung gesagt ist, daß Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahren, sowie Lehrlinge im 3. und 4. Lehrjahre 25 Proz. Aufschlag auf ihre bis dahin geltenden Löhne erhalten sollen. Da durch die gleiche Lohnregulierung die Mindestlöhne und Affordbasen im allgemeinen um mehr als 25 Proz., und zwar um 50 bis 65 Proz. erhöht wurden, seien die Löhne für die Jugendlichen nicht im gleichen Verhältnis gestiegen und somit auch deren Stückpreise hinter denen der älteren Arbeiter zurückgeblieben. Die Richtigkeit dieser Auffassung der Firma gehe auch aus dem § 25 des neuen Vertrages hervor, in dem es heißt: „Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahren, sowie der Lehrlinge im 1. und 2. Lehrjahre wird tariflich nicht geregelt.“

Wir führten dagegen an: „Die Stückpreise müssen für alle Arbeiter bzw. alle Arbeiterinnen gleich sein, und es ist an keiner Stelle des Vertrages gesagt, daß jüngere Arbeiter niedrigere Stückpreise bekommen sollen. § 33 des Nürnberger Vertrages bezieht sich nicht auf die Stückpreise, sondern auf die Zeitlöhne der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge. Der § 25 des neuen Vertrages kann nicht herangezogen werden, da es sich in diesem Falle um einen Streitfall unter der Dauer des Nürnberger Vertrages handelt und in diesem Vertrage eine solche Bestimmung nicht enthalten ist.“

Schiedsspruch zu Nr. 51.

Unter teilweiser Abänderung des angefochtenen Schiedsspruches wird dahin erkannt, daß die Firma C. Tiesch & Co. für die Zeit vor dem 1. Oktober 1920 die Affordlohnätze für die in Frage stehenden jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahren mit dem Arbeiterrat unter Anwendung des § 28 des Tarifvertrages vom Januar 1920 festzusetzen hat. Für die Zeit nach dem 1. Oktober 1920 sind die Lohnätze für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahren gemäß § 78, Nr. 2 des Betriebsrätegesetzes unter Mitwirkung des Arbeiterrats zu regeln.

Begründung: Für die Zeit des alten Tarifvertrages vom Januar 1920, d. h. bis zum 1. Oktober 1920, ist nach Ansicht des Oberschiedsamtes auch für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahren auf Grund des § 1 dieser Tarifvertrag maßgebend. Mag auf Arbeitgeberseite auch die Absicht bestanden haben, eine Lohnregelung insoweit auf Grund des § 33 nur für Aufschläge zu treffen, so ist dies doch nicht ausreichend in den zweiseitigen Vereinbarungen des Vertrages zum Ausdruck gekommen und kann daher für das Oberschiedsamt nicht entscheidend sein. Unter Berücksichtigung dieser Erwägung sind die fraglichen Löhne auf der Grundlage des § 28 in dem durch § 39 vorgesehenen Verfahren festzusetzen. Es hat daher bei Meinungsverschiedenheiten die gesetzliche Arbeitnehmervertretung nach § 39, Absatz 2, mitzuwirken. Diese Vorschrift ist hier nicht beobachtet, so daß die Angelegenheit zur Einhaltung dieses vorgeschriebenen Weges zurückzuverweisen ist.

Was dann die Zeit nach dem 1. Oktober 1920 anbelangt, so ist hierfür der § 25, Absatz 3 des Tarifvertrages vom Oktober 1920, maßgebend. Danach ist die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahren tariflich von da ab überhaupt nicht geregelt. Insoweit sind somit für die Zeit vom 1. Oktober 1920 ab die Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahren, da eine tarifvertragliche Regelung nicht besteht, gemäß § 78, Nr. 2 des Betriebsrätegesetzes unter Mitwirkung des Arbeiterrats zu regeln. Bei Streitfällen ist insoweit die Zuständigkeit des Oberschiedsamtes nicht gegeben, sondern nur diejenige des gesetzlichen Schlichtungsausschusses.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund an die Arbeiter der Welt!

Die Sklaverei, die in Afrika abgeschafft wurde, soll in Europa wieder eingeführt werden.

Die europäischen Großmächte, die angeblich den Völkerbund errichten wollen, haben ihre Einführung für ein halbes Jahrhundert beschlossen.

Schwarze Soldaten, die aus dem Innern Afrikas nach Europa gebracht werden, sollen dafür sorgen, daß die weißen Sklaven ihre Pflicht tun.

Die Sklaverei wird eingeführt im Namen der Freiheit und Gerechtigkeit, zur höheren Ehre Gottes und der Menschlichkeit.

Vier Jahre haben die Völker Europas unter dem Riege gekämpft. Bierzig Jahre sollen die Menschen, die unter der Herrschaft derer standen, denen die Gegner die Schuld am Riege zuschieben, dafür büßen.

Ihre Kinder und Kindeskinde sollen verkommen und sterben, sie selbst sollen wie die Arbeitstiere am Leben gehalten werden, um für die Sieger zu arbeiten. Ein Recht auf die Freuden des Lebens sollen sie nicht mehr haben.

Ungefähr ebensoviel wie das ganze deutsche Nationalvermögen vor dem Kriege ausmachte, soll im Laufe von 42 Jahren von den deutschen Arbeitern erzeugt und an die Sieger abgeliefert werden. Erzeugt in einem Lande, dem man schon die ungeheuerlichsten Lasten auferlegte, seine Naturschätze zum großen Teil genommen und dem man den Absatz der Werte seiner Arbeit nach anderen Ländern unterbindet.

Das deutsche Volk hat sich bereit erklärt, im Rahmen der Möglichkeit den angerichteten Schaden wieder gutzumachen, es ist nicht bereit, zum Vorteil des internationalen Kapitalismus zugrunde zu gehen.

Saß und Erbitterung werden sich in die Herzen einfressen, auch in die Herzen derjenigen, die ihr ganzes Leben lang für internationale Verständigung und für Völkerverständigung gekämpft haben.

Arbeiter der Welt, Ihr habt das Wort!

Diesem Aufruf schließen sich an der Allgemeine Freie Angestelltenbund und der Beirat der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale.

An die Verbandsvorstände und die Ortsauschüsse des A. D. G.-B.!

Der Ortsausschuß Halle a. S. hat am 25. Januar in einer kombinierten Sitzung mit den örtlichen Gewerkschaftsvorständen beschlossen, mit der „Wirtschaftlichen Räteorganisation“ eine Arbeitsgemeinschaft einzugehen. Begründet wurde dieser Beschluß mit dem Hinweis, daß ein selbständiges Nebeneinanderarbeiten beider Körperschaften nur eine nutzlose Kraftverschwendung sei.

Die „Wirtschaftliche Räteorganisation“ ist eine selbständige Betriebsrätezusammenfassung, die mit der „Freien Arbeiter-Union“ und dem „Verband der Hand- und Kopfarbeiter“ in enger Gemeinschaftsarbeit steht. Der Tätigkeit des Hand- und Kopfarbeiterverbandes verdankt der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter bereits die Zertrümmerung seiner guten Verwaltungsstelle in Halle.

Nach den Beschlüssen des Reichskongresses der Betriebsräte hat die Zusammenfassung aller freigewerkschaftlichen Betriebsräte aber nur nach den vom Kongreß beschlossenen Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afa-Bundes zu erfolgen. Allen Sonderorganisationen der Betriebsräte ist somit der schärfste Widerstand entgegenzusetzen. Statt dieses zu tun, hat der Ortsausschuß sich mit seiner Stellungnahme bemüht in Gegensatz zu den Kongreßbeschlüssen gestellt, trotzdem in der beschließenden Versammlung von verschiedenen Funktionären auf die Folgen einer solchen Stellungnahme hingewiesen wurde.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes kann eine derartige Zerstörungsarbeit an den Gewerkschaften nicht hingehen lassen, er kann einen solchen Ortsausschuß nicht mehr als seine Vertretung in Halle anerkennen.

Um der Gewerkschaftsbewegung in Halle aber auch für die Zukunft einen Stützpunkt zu geben, hat der Bundesvorstand sofort aus den Reihen der auf dem Boden der Kongreßbeschlüsse stehenden Gewerkschaftler eine provisorische Geschäftsstelle berufen, dessen Leitung der Genosse Willi Hesse, Halle, Ladenbergstr. 40, übernommen hat. Wir bitten, das Adressenverzeichnis entsprechend zu berichtigen und Zuschriften und Anfragen bis auf weiteres nur obengenannter Adresse zuleiten zu wollen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Einigung

zwischen Afa-Bund und Werkmeister-Verband.

Die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen dem Afa-Bund und Werkmeister-Verband bestanden haben, sind beseitigt und damit ein Zusammenarbeiten der genannten Verbände für die Zukunft ermöglicht worden. In einer Reichsvertreterkonferenz des Afa-Bundes vom 14. Februar d. J., an der alle angeschlossenen Verbände beteiligt waren, wurde eine Entschließung angenommen, in der die Richtlinien für die fernere Tätigkeit enthalten sind. In diesen wird folgende als eines der parteipolitische Neutralität. Zur Vermeidung der für beide es: Voraussetzung für alle freigewerkschaftlichen Organisationen ist die möglichst reiflose Erfassung aller Berufsgruppen. Dabei müssen religiöse und parteipolitische Fragen ausgeschlossen werden. Das sind keine Opportunitätsabwägungen, sondern die Erkenntnis, daß das die Voraussetzung für jede Gewerkschaftsarbeit ist. Die Stellungnahme zu wirtschaftlichen und politischen Problemen wird dadurch nicht berührt. — An der Zentralarbeitsgemeinschaft wollen Afa-Bund und Werkmeister-Verband in Zukunft festhalten. — Zur Frage der internationalen Verbindung besteht Übereinstimmung, daß die freigewerkschaftlichen Ziele nur erreicht werden können durch na-

tionale und internationale Solidarität aller Arbeitnehmer. Aus diesem Grunde wird die Verbindung mit dem A. D. G.-B. und der Internationale in Amsterdam erstrebt.

In der Sozialisierungsfrage wird die Förderung der Gemeinwirtschaft mit allen gewerkschaftlichen Mitteln als notwendige Aufgabe bezeichnet.

Ein Vertreter des Werkmeister-Verbandes (Franz Klinge) wurde als 3. gleichberechtigter Vorsitzender des Afa-Bundes gewählt.

Damit ist in der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung die Einheitsfront, die in die Brüche zu gehen drohte, wiederhergestellt.

Internationale Arbeitskonferenz.

Die endgültige Tagesordnung der dritten Tagung der durch Artikel 389 des Friedensvertrages vorgesehenen Internationalen Arbeitskonferenz, die im Oktober 1921 in Genf stattfinden wird, lautet folgendermaßen:

1. Neugestaltung der Verfassung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes.

2. Anpassung des Washingtoner Beschlusses, betreffend die Regelung der Arbeitszeit auf die Landarbeit.

3. Anpassung der anderen Beschlüsse von Washington auf die Landarbeit:

a) Mittel zur Verhütung der Arbeitslosigkeit;

b) Schutz der Frauen und Kinder.

4. Besondere Schutzmaßnahmen für die Landarbeiter:

a) Landwirtschaftlicher technischer Unterricht;

b) Unterkunft und Schlafgelegenheit der Landarbeiter;

c) Sicherstellung des Vereins- und Koalitionsrechtes;

d) Schutz gegen Unfälle, Krankheit, Invalidität und Alter.

5. Desinfektion der milzbrandverseuchten Wolle.

6. Verbot der Verwendung von Bleiweiß in der Malerei.

7. Die wöchentliche Ruhezeit im Gewerbe und Handel.

8. a) Verbot der Beschäftigung jugendlicher Personen unter 18 Jahren in Bunkern und Heizräumen.

b) Obligatorische ärztliche Untersuchung der an Bord von Schiffen beschäftigten Kinder.

Aus unserem Berufe.

Zur Beachtung für die Zahlstellenverwaltungen! Vergesst nicht, Eurem Verbandsblatte über alle wichtigen Vorkommnisse in den Betrieben und in den Zahlstellen zu berichten. Jeder Außenstehende, der unsere „Ameise“ verfolgt, muß den Eindruck gewinnen, daß in den feinkeramischen Betrieben alles auf beste bestellt sei, überall eitel Ruhe und tiefster Frieden herrscht. Und doch ist dem nicht so. Es brodeln und gärt, bald hier und da. Trotz des Tarifes kommt es immerwährend zu Differenzen, die in einer Anzahl von Fällen schon zu Streiks führten. Trotzdem ist der „Ameise“ darüber nichts berichtet worden.

So finden wir in einem Thüringer bürgerlichen Blatte wieder eine Notiz: „Der Streik der Dreher in Stückerbach ist nach 14tägiger Dauer ohne Erfolg für die Streitenden beendet und die Arbeit wieder aufgenommen worden.“

Uns ist von einem Streik in Stückerbach überhaupt nichts bekannt geworden; wir können nicht sagen, ob die vorstehende Notiz zutrifft oder nicht. Bei dieser Sachlage kann es vorkommen, daß im Arbeitsmarkt der „Ameise“ unter Chiffre Arbeitskräfte gesucht werden nach Orten und Betrieben, an denen unsere Kollegen in Differenzen stehen. Wir müssen offen sagen, es ist schon vorgekommen. Wir lehnen jede Verantwortung ab, wenn dadurch, daß die Zahlstellenverwaltungen zu bequem sind, Situationsberichte einzusenden, Unlieblichkeiten der vorbezeichneten Art entstehen. Wir erwarten, daß auch die Gauleiter die Zahlstellenverwaltungen darauf hinweisen, daß es zu ihren Pflichten gehört, der Redaktion der „Ameise“ alle wichtigen Vorkommnisse im Berufe und Verbandsleben mitzuteilen. Es ist gewiß schlimm, wenn das immer wieder und vor aller Öffentlichkeit gesagt werden muß; aber leider eine Notwendigkeit, so lange es den Anschein gewinnt, daß unsere Zahlstellenschriftführer zum größten Teile eher heißes Eisen anfassen als den Federhalter.

Achtung. Emaille-Schildermaler! Vor Arbeitsannahme nach Luxemburg wird gewarnt. Dort sind Lohnreduzierungen vorgenommen worden. Unter 3 Frank Stundenlohn ist dort nicht auszukommen; jetzt sollen nur noch 2 Fr. gezahlt werden. Die Firma ist mit Versprechungen bei schriftlichen Engagements ziemlich freigebig, erklärt immer, daß sie auskömmlichen Lohn zahle, verschweigt aber schamhaft, wieviel pro Stunde, pro Tag oder Woche sie eigentlich zahlen will. Wer sich vor Schaden bewahren will, meide Luxemburg.

Kollegen der Emailleschilderbranche!

Durch die wiederholten Anfragen der Kollegen einzelner Stellen sehe ich mich veranlaßt, den zurzeit in Berlin bestehenden Tarif für die Schilder- und Lohn-Emaillewerke nochmals zu veröffentlichen.

Lohnvereinbarungen

Dem Verband der Emaillewerke Groß-Berlin, E. B., sowie dem deutschen Metallarbeiterverband und dem Verband der Porzellanarbeiter für die in den Emaillewerken beschäftigten Arbeitnehmer andererseits

Brenner, Aufträger, Schmelzer, Geizer, Beizer und Masseur 5,25 M.; Helfer über 18 Jahre 4,60 M.; Helferlehrlinge über 18 Jahre für die ersten 4 Wochen 4,10 M.; Hof- und Hilfsarbeiter, Ausbeuler 4,25 M.; Aufträgerinnen, Waschfrauen in der Beize 3,40 M.; Aufträgerlehrlinge in den ersten 3 Monaten 3,10 M.; Aufträgerlehrlinge für die nächsten 3 Monate 4,30 M.; 6 Monaten erhalten Aufträgerlehrlinge den vollen Lohn eines Aufträgers. Hilfsarbeiterinnen erhalten und Ausbeulerinnen über 18 Jahre 2,90 M.; Maschinenarbeiterinnen 2,90 M.; Putzfrauen, Portiers und sonstige Handwerker werden nach den dieser Kategorie bestehenden Tarifverträgen entlohnt. Für Nachtarbeit (abends 10 Uhr bis morgens 6 Uhr) und Sonntags- und Feiertagsarbeit erfolgt eine Zulage von 0,35 M. pro Stunde; Lithographen, Drucker und Schablonierer 5,75 M.; Schabloniererinnen bei dreimonatlicher Lehrzeit 3,25 M.; Füllerinnen bei dreimonatlicher Lehrzeit 3,10 M.; Stemplerrinnen und Absteckerinnen bei dreimonatlicher Lehrzeit 2,95 M. Der Einstellungslohn beträgt für die letzten 3 Gruppen 20 Pf. pro Stunde für 3 Monate. Arbeiten an Sonntagen und Feiertagen sowie an Feiertagen zwecks produktiver Arbeit und solche zur Instandhaltung des Betriebes werden mit 25 Proz. Aufschlag vergütet. Bei geltem Charfreitag, Himmelfahrt und Bußtag als gewöhnlichen Arbeitstage. Ferner wird für die Verheirateten eine Teuerungszulage gewährt, und zwar für die Frau 6 M. pro Woche, für jedes Kind 12 M. pro Woche. Urlaub. Nach einem Jahre 3 Tage, nach 2 Jahren 4 Tage, nach 3 Jahren 5 Tage, nach 4 Jahren 6 Tage als Höchstgrenze. Löhne der jugendlichen Arbeiter: a) männliche Arbeiter von 14 bis 15 Jahren 1,50 M., von 15 bis 16 Jahren 1,65 M., von 16 bis 17 Jahren 2,10 M., von 17 bis 18 Jahren 2,65 M.; b) weibliche Arbeiter von 14 bis 15 Jahren 1,50 M., von 15 bis 16 Jahren 1,65 M., von 16 bis 17 Jahren 1,80 M., von 17 bis 18 Jahren 2,10 M. Diese Lohnvereinbarungen traten am 27. Dezember 1920 in Kraft und gelten bis zum 31. März 1921, alsdann täglich mit 14tägiger Verlängerung.

Berlin, den 4. Januar 1921.

Für die Arbeitgeber:

Verband der Emaillewerke von Groß-Berlin, E. B.

gez.: M. Nasse.

Zu den vorstehenden Löhnen ist zu bemerken, daß dieselben Minimallohne gelten, jedoch von keiner Firma mehr gezahlt werden. Eine Staffelung nach Leistung und Alter ist außer bei Jugendlichen nicht im Abkommen enthalten. Da der Tarif am 31. März 1921 abläuft und die hiesigen Kollegen Anfang März erneut zu derselben Stellung nehmen wollen, richte ich an die Kollegen im Reich die Bitte, mir ihre zurzeit bestehenden Lohnverträge, seien dieselben durch Tarifverträge geregelt oder nicht, um Einsicht zukommen zu lassen. Die Teuerung hält hier in Berlin weiter an, und sind es wohl nur einige Zahlstellen, die schon die alten Löhne erreichen konnten. Durch den Austausch der gegenseitigen Verträge hoffen auch die Berliner Kollegen vorwärts zu kommen, und die Firmen werden in Zukunft nicht mehr in der Lage sein, sich mit den Waren zu unterbieten, wenn unseren Kollegen an allen Orten ein möglichst einheitlicher Lohn gezahlt wird. Die Berliner Verhältnisse entsprechend sind die von mir angebotenen Löhne durchaus noch nicht hinreichend. Wir Berliner Kollegen wären den Kollegen im Reich sehr dankbar, wenn wir durch diese Zeilen zu einem Gedankenaustausch kommen und in der Lage wären, durch sichere Unterlagen Löhne zu erreichen, die unseren Kollegen eine bessere Existenzmöglichkeit gewährleisten würden. Soweit die Kollegen in den Emaillewerken dem deutschen Metallarbeiterverband angehören, werden die Verhandlungen gemeinsam von dem D. M. V. und dem Porzellanarbeiterverband geführt. Die Zuschriften bitte an das Bureau der Zahlstelle Berlin-Charlottenburg, Berlin S.O., Raunynstr. 85, zu richten.

Mit kollegialem Gruß

W. Lautermann.

Lohnbewegung der böhmischen Porzellanarbeiter. Zu einer Konferenz im Dezember v. J. hatten die Arbeiter der feintek-

mischen Industrie in der Tschechoslowakischen Republik Forderungen aufgestellt, die von der Verbandsleitung den Unternehmern zugestellt wurden. Jetzt liegt die Antwort der Unternehmer vor, die eine glatte Ablehnung der Forderungen bedeutet. Die Begründung ist die auch uns nur zu gut bekannte, daß die Betriebe eine weitere Belastung nicht mehr ertragen können und zur Stilllegung kommen müßten, wenn sie die Forderungen bewilligen sollten. Außerdem wird von den Unternehmern auch noch bestritten, daß die Lohnhöhe in dem Maßverhältnis zu den Lebenshaltungskosten stehen soll, wie in der Eingabe an die Unternehmer behauptet wird. Demgegenüber gibt der Verbandsvorstand bekannt, daß nach seiner Statistik die Löhne gegenüber dem Friedensstand sich um 895 Proz. erhöht, während die Kosten für die Lebenshaltung um 2440 Proz. stiegen. Inzwischen haben die westböhmischen Porzellanarbeiter in einer neuen Konferenz Stellung zur gegebenen Situation genommen, deren Ergebnis uns zur Stunde noch nicht bekannt ist.

Taubenbach. Das gesamte, zirka 240 Personen umfassende Betriebspersonal der Porzellanfabrik Taubenbach, Firma Carl Moritz, befindet sich im Streit. Der Grund ist folgender: Auf Veranlassung der Frau Moritz, die in diesem Betriebe das Regiment führt, sind 10 Dreher gekündigt worden. Nachdem Frau Moritz schon vorher dem Betriebsrat die Mitteilung gemacht hatte, daß „die Stänker raus müssen aus dem Betriebe“, wollte niemand mehr an den Arbeitsmangel glauben, der zuletzt als Kündigungsgrund vorgeschoben wurde. Die Sache wurde dem Schlichtungsausschuß in Saalfeld unterbreitet, der einen Spruch dahingehend fällte, daß die 10 Dreher weiterbeschäftigt werden sollten. Obwohl sich die Firma 8 Tage Bedenkzeit ausgemacht hatte, ehe sie sich über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches erklären konnte, ging sie anderen Tages schon dazu über, die Gefündigten zu entlassen. Daraufhin legte das gesamte Personal geschlossen die Arbeit nieder. Der Gauleiter des Unternehmerverbandes, Neek, steht bei der Arbeiterschaft des Betriebes stark im Verdacht, der scharfmacherische Berater der Frau Moritz zu sein. Auf dessen Inspirationen wird die Zuspitzung der Verhältnisse in diesem Betriebe seit geraumer Zeit zurückgeführt.

Die Kolleginnen und Kollegen im Bezirk werden dringend ersucht, strengste Solidarität zu üben und Taubenbach zu meiden, solange der Konflikt nicht wieder beigelegt ist.

Mangel an Porzellanwaren macht sich geltend in den Vereinigten Staaten von Amerika, und zwar ein Mangel an Porzellanwaren für die elektrotechnische Industrie. Besonders knapp sind Hochspannungs-Isolatoren; es fehlt aber auch an gewöhnlichem Isoliert-Porzellan, wie: Knöpfe, Röhren und Klammern.

Einfuhr von Porzellan und Feintonwaren nach den Vereinigten Staaten. In der Zeit vom 1. Juli 1919 bis 30. Juni 1920 wurden nach den Vereinigten Staaten für 8 696 000 Dollar Porzellan und Tonwaren eingeführt gegen 6 498 000 Dollar im Jahre 1919. Davon entfielen auf verzierte Porzellanwaren (einschließlich Porzellan und Biskuit) 4 694 000 Dollar, die sich in der Hauptsache auf folgende Länder verteilen: Japan 2 795 000 Doll., Deutschland 660 000 Dollar, Frankreich 585 000 Dollar, England 370 000 Dollar. Die Einfuhr verzierter Tonwaren belief sich auf 3 092 684 Dollar und kam mit 2 297 000 Dollar aus England und 353 000 Dollar aus Japan.

Porzellan auf kaltem Wege hergestellt. Blättermeldungen zufolge soll es dem Ingenieur Gentel in Genua nach langwierigen Versuchen gelungen sein, Porzellan auf kaltem Wege herzustellen. Zur Ausnützung der Erfindung soll eine G. m. b. H. mit dem Sitz in Genua gegründet worden sein, die in Kürze den Betrieb in der Knopffabrikation aufnehmen wird.

Die Aktionäre der Porzellanfabriken machen Geschäfte. Die A.-G. Porzellanfabrik Rauenstein bringt eine Dividende von 20 Proz. gegen 15 Proz. im Vorjahre in Vorschlag. Die Dividende wird auf das erhöhte Aktienkapital von 1 250 000 M. gezahlt. Im vorigen Jahre betrug das Aktienkapital nur 750 000 M.

Der Aufsichtsrat der Porzellanfabrik Rahl, A.-G., schlägt der Generalversammlung vor, eine Dividende von 35 Proz. zur Verteilung zu bringen.

Bermischtes.

Nach Calwers „Monatlichen Uebersichten“ über die Lebensmittelpreise ist die Reichsindexziffer im Januar 1921 wiederum gestiegen, und zwar von 369,76 M. im Dezember v. J. auf 381,70 Mark. Der Reichsindex berechnete sich pro Woche auf Mark:

Januar	1914	1918	1919	1920	1921
	25,57	56,50	63,75	130,65	381,70

Seit dem Januar v. J., in einem Zeitraum von 52 Wochen, ist die Ernährung allein um das Dreifache verteuert worden. Ob

die Löhne in derselben Zeit ebenfalls um das Dreifache gesteigert wurden, können sich unsere Kollegen selbst berechnen.

Betriebsräte im Aufsichtsrat. Im § 70 des B.-N.-G. ist bestimmt, daß in Unternehmungen, für die ein Aufsichtsrat besteht, nach Maßgabe eines besonderen, noch zu erlassenden Gesetzes ein oder zwei Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden sind. Diese Vertreter des Betriebsrates haben im Aufsichtsrat Sitz und Stimme, erhalten jedoch keine andere Vergütung als eine Aufwandsentschädigung. Vom Reichsarbeitsministerium ist nunmehr dem Sozialpolitischen Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats der Entwurf eines Gesetzes über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat vorgelegt worden. Eine Vertretung der Betriebsräte im Aufsichtsrat ist vorgesehen bei Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften, Genossenschaften und Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit. Der Entwurf umfaßt 10 Paragraphen. Bei 1000 und mehr Arbeitern werden zwei, in allen übrigen Unternehmungen nur ein Betriebsratsmitglied zum Aufsichtsrat zugelassen. Wählbar sind nur Mitglieder des Betriebsrates; letzterer ist auch nur allein berechtigt, die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern vorzunehmen. Ueber die Rechte, die die Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat haben sollen, wird zurzeit noch gestritten. Diese Frage soll in einem paritätisch zusammengesetzten Unterausschuss besonders geprüft werden. Das Unternehmertum macht auch hier seinen Widerstand geltend. Diesem paßt es natürlich nicht, daß die Arbeiter näheren Einblick in das kapitalistische Getriebe erhalten sollen. Die Arbeiterschaft wird auf dem Posten sein müssen, um einen Ausbau des B.-N.-G. in ihrem Sinne und ihren Interessen entsprechend zu erreichen.

Versammlungsberichte.

Arzberg. Die am 12. Februar stattgefundene Monatsversammlung war gleich der vorhergegangenen stark besucht; ein Zeichen daß durch die letzten Lohnverhandlungen die Mitglieder aus ihrem Schlaf erweckt wurden. Kassierer Juffa brachte den Abschluß des 4. Quartals zum Vortrag; dem alten Kassierer wurde nach Erstattung des Revisionsberichtes Entlastung erteilt. Das Zahlen niedriger Beiträge wurde unter die Lupe genommen; Abhilfe ist geschaffen worden. Die Abrechnung einer Sammelliste dient zur Kenntnis; Kollege Blau dankt hierfür in einem Schreiben. Den Bericht der letzten zwei Ortsausschüßungen gab Kollege Reiß in ausführlicher Weise. Besonders erwähnenswert ist die Anstellung eines weiteren Gewerkschaftssekretärs in Marktredwitz, die eine Erhöhung der Kartellbeiträge bedingt. Dies wurde genehmigt. Eine Rundschrift des Hauptvorstandes dient zur Kenntnis; dabei wurde Stellung zu den künftigen Lohnverhandlungen genommen. Nach erfolgter reger Aussprache fand nachstehende Entschließung einstimmige Annahme:

„Die Zahlstelle der Porzellanarbeiter Arzberg erwartet bei den neuen stattfindenden Lohnverhandlungen die Umwandlung der sogenannten sozialen Zulage in eine prozentuale Lohnerhöhung für alle Arbeiter und Arbeiterinnen. Sie verlangt vom Hauptvorstand, für eine besondere Erhöhung der Tariflöhne der „Sonstigen Arbeiter“ einzutreten und auf alle Fälle an dem Tarifzustand festzuhalten.

Besonders sind die ledigen als auch die verheirateten Frauen, welche gezwungen sind, Fabrikarbeit zu leisten, zu berücksichtigen, nachdem diese bei den letzten Lohnverhandlungen als Stiefkinder unter den Porzellanarbeitern behandelt worden sind.“

Neben der Erledigung interner Angelegenheiten kam auch die derzeitige Notlage des Vaterlandes zur Sprache. Die Versammelten sehen in dem Vorgehen der Entente nur eine erhöhte Verflawung der Arbeiter.

Anna. In der am 10. Februar abgehaltenen außerordentlichen Zahlstellenversammlung wurde zum künftigen Lohnabkommen Stellung genommen und beschlossen, folgende Anträge zu stellen: 1. Fallenkassen der sozialen Beihilfe, dafür 50 Proz. Zuschlag auf alle Efteltilöhne für Akkordarbeiter und 60 Proz. für Zeitlohnarbeiter. 2. Alle jetzigen prozentualen Zuschläge sind auf die Grundlöhne umzurechnen. 3. Bezahlung aller gesetzlichen Wochenfeiertage; bei Abschaffung dieser Wochenfeiertage diese den Ferien zuzurechnen. Alle Arbeitervertreter sollen für den Fall, daß die Unternehmer diese Anträge ablehnen, beantragt werden, nicht zu unterschreiben. Begründung zu 1: Es soll bezweckt werden, einen Ausgleich auch für die Ledigen herbeizuführen, sowie eine angemessene Lohnerhöhung zu schaffen. Die wirtschaftliche Lage läßt erkennen, daß in Kürze alle Lebensmittel und Debitartikeln wiederum erheblich steigen werden; vor allem das Brot. Zu 2 soll Erleichterung bei der Abrechnung geschaffen werden. Zu 3: Es bedarf wohl keiner Begründung; denn es ist ja eine unauferlegbare Tatsache, daß die Arbeiterschaft an derartigen Feiertagen kein Interesse hat.

Dresden als Vorgang. Das letzte Lohnabkommen scheint die Gemüter in unserer Gegend zur Beruhigung kommen zu lassen. Vor allem unsere jüngeren Kollegen glauben, daß durch dieses Abkommen Grundlätze verlegt wurden, die das Fundament für die Entlohnung in der Zukunft bilden. Es ist an sich erfreulich, wenn unsere Kollegen sich mit ihren Verhältnissen etwas intensiver beschäftigen, und so entstand bei uns über dieses eine gewisse Genugtuung, als er zu einer ledigen Kollegen zu einer Protestversammlung gegen das letzte Lohnabkommen gerufen wurde. Männliche und weibliche Ledige und natürlich auch die Frauen der Steinquitrände vom Plagwitz waren dem Besuche nachvollständig in dieser Versammlung ausgegessen. Die Einberufer behandelten die Frage sachlich und lebensdienlich, und dies darf hervorgehoben werden, ohne die Funktionen unserer Organisation anzugreifen. Sie schilderten den Irr-

tum, der in der Behauptung liegt, die Ledigen hätten mit viel geringeren Ausgaben wie die Verheirateten zu rechnen. Für die nicht bei den Eltern wohnen Könnenden dürfte das Gegenteil der Fall sein. An Wohnungsmiete müssen diese durchgängig größere Summen aufgeben als die Verheirateten. Die Ernährung aber erfordert durch das Angewiesensein auf die öffentlichen Wirtschaften bestimmt keine geringeren Ausgaben. Auch die den Haushalt der Eltern teilenden Ledigen könnten mit einer geringeren Bewertung ihrer Arbeitskraft sich nicht einverstanden erklären. Auch sie haben Verpflichtungen zu erfüllen, die heute ganz andere Summen erfordern als in der Vorkriegszeit. Das alles wissen natürlich auch die Unternehmer. Für diese komme aber jedenfalls nur die Auslösung in Frage, die die prinzipielle Seite des Abkommens mit sich bringen müsse. Auch die Unternehmer müßten sich klar sein, daß eine verschiedene Bewertung der ledigen und verheirateten Arbeitskraft in der Industrie nicht durchführbar ist. Es dürften also auf dieser Seite irgendwelche Hintergedanken beim Angebot dieser Familienzuschläge vorhanden gewesen sein. Es war nun erfreulich, aus dem Munde der Ledigen selbst zu hören, daß sie es natürlich als ihre Pflicht betrachten, solche Absichten der Unternehmer nicht Wirklichkeit werden zu lassen. Keiner der ledigen, männlichen oder weiblichen Arbeiter dürfte sich hinreichend lassen wegen der Ungerechtigkeit, die im letzten Lohnabkommen für die ungewisselhaft liegt, unsere Reihen zu lichten. Wir sind auch nicht Reider und gönnen unseren verheirateten Kollegen die Zuschläge, müssen dann aber, wenn die Beibehaltung der Familienzuschläge erfolgen sollte, unbedingt eine Nichtigstellung des Abkommens vom Oktober verlangen. Es geht nicht an, daß die Ledigen mit geringeren Grundverdiensten fürlieb nehmen sollen und die Verheirateten dann noch diese Familienzuschläge erhalten. Ein Antrag, der verlangt, daß sofort zentral oder örtlich versucht werden soll, die 5 prozentige Differenz des Oktoberabkommens rückwirkend zugunsten der Ledigen auszugleichen, wurde denn auch einstimmig angenommen. Kollege Uhlmann legte nochmals seine Stellung zu diesen Zuschlägen dar und verlangte die Aufhebung des gefaßten Beschlusses in der vorliegenden Fassung. Er schilderte die Umstände, die ihm zu diesem Verlangen kommen ließen und fand auch bei allen Teilnehmern der Versammlung Verständnis. Von einer örtlichen Regelung der Angelegenheit wird also zurzeit abgesehen. Unsere Kollegen beantragen aber, daß bei den kommenden zentralen Verhandlungen unbedingt darauf hingearbeitet wird, diese doppelte Benachteiligung der ledigen Kollegen verschwinden zu lassen. In diesem Verlangen wurden sie auch von den mit anwesenden Betriebsräten unterstützt.

Hörsheim. Die am 28. Januar stattgefundene Monatsversammlung erfreute sich eines sehr guten Besuches. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom 4. Quartal 1920 bekannt. Der Revisor Mühlner erklärte Kasse, Bücher und Belege als richtig befunden, und es wurde dem Kassierer mit Dank Entlastung erteilt. Dann wurden Klagen erhoben über die teuren und schlechten Schwämme. Ein Kollege machte den Vorschlag, die Betriebsleitung solle in Zukunft das für die Arbeit nötige Werkzeug kostenlos stellen. Der Vorschlag wurde genehmigt. Gemeinsam erhoben alle Kollegen Protest gegen den letzten Lohnvertrag, der nur eine halbe Zulage für das besetzte Gebiet brachte. Die Arbeiter im besetzten Gebiet leiden ganz besonders unter den übersteuerten Verhältnissen. Trotz der 20prozentigen Zulage erreichte kein im Stundenlohn beschäftigter verheirateter Arbeiter das Existenzminimum. Dieselben fordern daher bei neuen Lohnabschlüssen die gleichen Zuschläge wie im unbesetzten Gebiete. Was die Arbeiter im Stücklohn anbetrifft, ist zu bemerken, daß dieselben nur auf Grund ihrer enormen Leistungen in der Lage sind, sich über Wasser zu halten. Jedoch kann dieser Zustand auf die Dauer nicht haltbar sein, da die Firma selbst Hindernisse in den Weg legt; denn gute Qualität bei großer Quantität läßt sich nicht vereinbaren und mit Erfolg die Tat umsetzen. Die ledigen Arbeiter erheben schärfsten Protest gegen die Ansprüche der Arbeitgeber bei den letzten Verhandlungen in Berlin und weisen diese Einwürfe mit Entrüstung zurück, als könnten wir Arbeiter uns den Luxus derer erlauben, für die wir arbeiten. Auch fordern wir gleichen Lohn für gleiche Arbeitsleistung. Wenn die Unternehmer ein Interesse daran haben, ihre Arbeiter leistungsfähig zu erhalten, so müssen sie ihnen auch in ausreichendem Maße die Leistungen bewerten, damit die Arbeiter leistungsfähig bleiben können.

Reinhaldensleben. Unsere am 12. Februar gutbesuchte Versammlung nahm Kenntnis von dem restlosen Eingang eines Extrabeitrages von 2800 Mk. zur Linderung der Not der am Orte befindlichen Arbeitslosen. Ferner befaßte sich die Versammlung mit dem jetzigen und kommenden Lohnabkommen. Es fand eine rege Aussprache über die soziale Zulage statt. Bemängelt wird das unsoziale Moment der Zulage, scharf kritisiert wurden gleichfalls die ungleichmäßigen prozentualen Zuschläge, wie sie bisher bestanden haben. Die Versammlung erhebt schärfsten Protest gegen die Arbeitgeber und erwartet, daß bei den hohen Dividenden ein anderes Entgegenkommen am Plagwitz. Die Versammlung erkennt an, daß auch bei den letzten Verhandlungen der Verbandsvorstand sowie die Zahlstellenvertreter ihre volle Schuttsigkeit getan haben. Befremdend wirkt der Bericht von Rheinsberg in welchem man immer den Feind in den eigenen Reihen sucht und um den eigentlichen Feind herumgeht. Zum Kartellbericht ist noch zu erwähnen, daß die Versammlung beschließt, die Kartelldelegierten zu beauftragen, für Anstellung eines Gewerkschaftsbeamten zu stimmen. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen:

„Die jetzige Zahlstellenversammlung protestiert mit Entrüstung gegen das Gebahren der Unternehmer beim letzten Lohnabkommen. Es fordert den Hauptvorstand und die Zahlstellenvertreter auf, ein derartiges Lohnabkommen für die Zukunft abzulehnen. Die soziale Zulage trägt nur den sozialen Mantel, in ihrem Innern aber ist sie höchst unsozial. Die Versammlung beantragt daher die Beseitigung der Mißstände innerhalb der Zulage. Die Versammlung ist fernab der Ansicht, daß den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung tragend die Mindestlöhne um 40 Proz. erhöht werden müssen, denn mit den bestehenden Mindestlöhnen läßt sich eine Harmonie nicht herstellen. Des weiteren fordert die Versammlung eine Erhöhung der Efteltilverdienste um 25 Proz.“

Literarisches.

„Die sozialistische Gemeinde“ Nr. 4 ist soeben erschienen. — In-
 : Gemeinden und die Erhöhung der Getreidepreise. — Das neue
 -steuerrecht. — Richtlinien für kommunale Politik. — Auf-
 -abildung für die mit den Geschäften der Finanzämter be-
 -ten Gemeinden und Gemeindeverbände. — Zur Höchstmietent-
 -rdnung. — Wohnungsbauprojekte in Düsseldorf. — Straßenbenen-
 -g. — Die Güter der Stadt Leipzig. — Aus den Gemeinden. —
 -ie sozialistische Gemeinde“ erscheint zweimal monatlich. Preis der
 -zelnummer 1 Mk., vierteljährlich 6 Mk. Bestellungen bei allen
 -ftanstalten und Parteibuchhandlungen.

Quittung

er eingekaufte Gelder in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1920.

Alten 352,26; Althaldensleben 11 000,—; Amberg 221,35; Anna-
 rg 3000,—; Arzberg 9300,—; Auma 2500,—; Bayreuth 1100,—;
 rlin 3000,—; Blankenhain 2000,—; Bonn 10 100,—; Brambach
 79; Brattendorf 3600,—; Breslau 5000,—; Burgau 450,—; Cassel
 —; Chemnitz 125,—; Coburg 8500,—; Colditz 7900,—; Köln
 0,—; Dresden 16 000,—; Düsseldorf 1000,—; Eisenberg 4000,—;
 erfeld 200,—; Elmshorn 3000,—; Elsterwerda 5200,—; Farge
 0,—; Flörsheim 500,—; Frankfurt a. D. 2700,—; Fraureuth 5306,43;
 iberg 4000,—; Freienorla 400,—; Fürstenberg a. W. 3000,—; Gera
 3,86; Geringswalde 500,—; Geschwenda 2800,—; Goldlauter 1050,—;
 äfenthal 7700,—; Großbreitenbach 2000,—; Grünhain 354,—;
 linstadt 1851,84; Hausen 250,—; Hennigsdorf 2600,—; Hermsdorf
 0,—; Hirschau 1000,—; Hochstadt 1327,90; Höchstadt 1200,—;
 enberg 2845,—; Hornberg 1365,36; Hüttengrund 3307,01; Hütten-
 nach 2650,—; Ilmenau 11 000,—; Jecha 2250,—; Judenburg 2400,—;
 bla 13 000,—; Karlsruhe 1147,—; Kahle 2250,—; Kleindembach
 —; Kloster Weilsdorf 5500,—; Königsee 4000,—; Königszelt 6850,—;
 nitz 1490,38; Köppelsdorf 4700,—; Kronach 9300,—; Krummenaach
 63; Kups 675,—; Laasdorf 509,62; Langenau 459,10; Langewiesen
 0,—; Lauf 450,—; Laußa 4680,25; Leipzig 502,—; Lettin 500,—;
 mbach 3326,68; Magdeburg 8800,—; Mannheim 900,—; Marga-
 rethenhütte 3000,—; Marktredwitz 11 000,—; Mengersgereuth 1000,—;
 Meuselbach 800,—; Meuselwitz 3029,83; Mitterteich 2400,—;
 Moischendorf 2800,—; München 2200,—; Müchsen
 5,38; Althaldensleben 11 500,—; Neuhaus a. R. 2002,—; Neu-
 us b. S. 8000,—; Nürnberg 257,35; Oberhausen 100,—; Oberkohan
 00,—; Ohrdruf 1000,—; Oschatz 1310,—; Passau 1300,—; Planen-
 hammer 850,—; Plau 3850,—; Pöbner 900,—; Pottschappel 2200,—;
 Preßig 1443,—; Probstzella 185,50; Rauenstein 4000,—; Regensburg
 —; Rehau 4000,—; Reichenbach 1300,—; Reichmannsdorf 3544,—;
 einbach 300,—; Rheinsberg 3800,—; Rodach 5301,84; Rodach
 0,—; Rößlau 2000,—; Rößlau 1300,—; Rudolfstadt 3300,—; Scheibe
 8,46; Schirnding 1700,—; Schlenkingen 950,—; Schlierbach 8296,55;
 Schmiedeberg 6500,—; Schnei 1000,—; Schönwald 8000,—; Schorn-
 f 1130,—; Schramberg 1800,—; Schwarz 1600,—; Schwarzenbach
 0,—; Schweidnitz 1060,18; Selb 50 000,—; Selb-Plößberg 5000,—;
 hendorf 2224,83; Sophienau 4000,—; Sorau 1800,—; Spandau
 0,—; Stadtilm 370,93; Stadtlengsfeld 2007,80; Staffel 3200,27;
 anowiz 3300,—; Steinbach 462,20; Steinwiesen 420,—; St. Georgen
 1,22; Suhle 1300,—; Teltow 2000,—; Tiefenfurt 2700,—; Tillowiz
 90,—; Tirschenreuth 3400,—; Triptitz 2203,60; Uhlstädt 1112,89;
 Unterköbich 600,—; Unterweißbach 2215,—; Velten 1750,—; Bohem-
 auß 2200,—; Volkstedt 4000,—; Vordamm 3200,—; Waldburg
 000,—; Walbershof 500,—; Waldbassen 4400,—; Wallhausen 400,—;
 eiden 9000,—; Weiskasser 2300,—; Wesel 500,—; Windisch-Eichen-
 ch 977,25; Wittenberg 1200,—; Wunsiedel 1400,—; Zell 1450,—;
 Zwickau 2650,—; Arbeitgeberverband, Gauleitung Rudolfstadt, 6,—;
 Bredow-Marktredwitz 180,—; Hoffmann-Ilmenau 34,10; Klebe-Weiß-
 ffer 145,—; Langhammer-Wilkau 50,—; Marek-Friedrichsfeld 14,27;
 Matthes & Obel-Waldorf 6,—; Michelsohn-Berlin 71,—; Peter-
 mann-Hermsdorf 36,—; Seifert-Zwickau 100,—; Theimer-Langewiesen
 — Mk. Summa: 531 592,01 Mk.

In der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1920.

Altenkundsstadt 1406,20; Althaldensleben 27 000,—; Amberg
 7,60; Annaburg 8500,—; Arzberg 10 000,—; Auma 5500,—; Bay-
 reuth 1500,—; Blankenhain 4200,—; Bonn 18 000,—; Brambach
 18,25; Brattendorf 4900,—; Breslau 8000,—; Burgau 1000,—;
 Cassel 600,—; Chemnitz 116,—; Coburg 12 500,—; Colditz 14 900,—;
 Köln 2000,—; Dresden 40 001,10; Düsseldorf 1000,—; Eisenberg
 000,—; Eisenach 50,—; Elberfeld 400,—; Elmshorn 3000,—; Elster-
 werda 5000,—; Farge 3500,—; Flörsheim 800,—; Frankfurt a. D.
 90,—; Fraureuth 4900,—; Freiberg 9000,—; Freienorla 500,—;
 Fürstenberg a. W. 4000,—; Gera 1448,25; Geringswalde 300,—; Ge-
 wenda 3100,—; Goldlauter 800,—; Gotha 2500,—; Gräfenhain
 00,—; Gräfenhain 20 000,—; Greußen 308,48; Grünhain 250,—;
 linstadt 7193,25; Hausen 360,—; Hennigsdorf 5000,—; Hermsdorf
 000,—; Hirschau 3000,—; Hochstadt 1762,90; Höchstadt 3000,—;
 Hornberg 4900,—; Hornberg 905,51; Hüttengrund 3384,81; Hütten-
 nach 320,—; Ilmenau 26 000,—; Jecha 1500,—; Judenburg 1000,—;
 bla 25 000,—; Karlsruhe 986,—; Kleindembach 600,—; Kloster
 Weilsdorf 13 500,—; Königsee 5000,—; Königszelt 17 000,—; König
 6,36; Köppelsdorf 40 700,—; Kronach 10 061,25; Krummenaach
 2,06; Kups 2200,—; Lauf 400,—; Leipzig 650,—; Lettin 500,—;
 mbach 3502,42; Mäbendorf 1080,10; Magdeburg 13 000,—; Mann-
 am 2400,—; Margarethenhütte 4000,—; Marktredwitz 5000,—;
 marktredwitz 14 300,—; Mengersgereuth 1000,—; Meuselbach 200,—;
 meuselwitz 6140,77; Mitterteich 4700,—; Moischendorf 3000,—; Müch-
 sen 566,50; Neuhalbensleben 21 000,—; Neustadt i. S. 34,40; Nürn-
 erg 327,90; Oberkohan 1200,—; Offenbach 150,—; Ohrdruf 1000,—;
 3 98,—; Oshatz 600,—; Passau 4230,—; Planenhammer 1000,—;
 plau 5100,—; Pöbner 1306,—; Pottschappel 6000,—; Preßig 1714,—;
 rdingen 3500,—; Rauenstein 4000,—; Regensburg 179,—; Rehau
 000,—; Reichenbach 3200,—; Rheinsbach 600,—; Rheinsberg
 800,—; Rodach, 6655,88; Rodach 230,—; Rößlau 4000,—; Rößlau

3700,—; Rudolfstadt 1400,—; Schauberg 2300,—; Scheibe 1839,55;
 Schirnding 2900,—; Schlenkingen 1250,—; Schlierbach 9000,—;
 Schmiedeberg 16 500,—; Schnei 1000,—; Schönwald 21 000,—;
 Schornborn 1900,—; Schramberg 2600,—; Schwarz 1700,—; Schwar-
 zenbach 2500,—; Schweidnitz 1236,24; Selb 20 000,—; Selb-Plößberg
 3000,—; Sophienau 8500,—; Sorau 4000,—; Spandau 3000,—;
 Stadtilm 444,43; Stadtlengsfeld 6415,60; Staffel 5369,08; Stanowiz
 7500,—; Steinbach 434,68; Steinwiesen 550,—; St. Georgen 841,80;
 Suhle 1500,—; Teltow 7600,—; Tettau 4000,—; Tiefenfurt 9000,—;
 Tillowiz 5350,—; Tirschenreuth 6700,—; Triptitz 2019,80; Unter-
 köbich 600,—; Unterweißbach 1467,10; Velten 3109,84; Vohenstrauß
 3200,—; Volkstedt 11 500,—; Vordamm 6000,—; Waldburg 36 000,—;
 Walbershof 1000,—; Waldbassen 5200,—; Wallhausen 4300,—; Wei-
 den 16 000,—; Weiskasser 2600,—; Wesel 1800,—; Windisch-Eichen-
 bach 1335,20; Wittenberg 3000,—; Wunsiedel 2800,—; Zell 1400,—;
 Zwickau 3120,—; Arbeitgeberverband der feinkeramischen Industrie,
 Berlin, 4,—; Hoffmann-Ilmenau 9,90; Düttenberg-Pasing 10,—;
 Langhammer-Wilkau 50,—; Materne-Schönwald 24,—; Michelsohn-
 Berlin 71,—; Petermann-Hermsdorf 32,—; Postabonnenten 127,8,—;
 Rottmann-Stadtilm 50,—; Schmidt-Rößlau 2,—; Seifert-Zwickau
 100,—; Verband deutscher Porzellanfabriken, Sonneberg, 4,— Mk.
 Summa: 861 638,41 Mk.

In der Zeit vom 1. Oktober 1920 bis 31. Dezember 1920.

Altenkundsstadt 424,40; Althaldensleben 28 000,—; Amberg
 1152,30; Annaburg 7000,—; Arzberg 703,80; Arzberg 15 000,—;
 Auma 6000,—; Bayreuth 4500,—; Berlin 7000,—; Blankenhain
 3500,—; Bonn 16 300,—; Brambach 500,—; Brattendorf 8000,—;
 Breslau 9000,—; Cassel 400,—; Chemnitz 170,—; Coburg 17 500,—;
 Colditz 15 500,—; Köln 2000,—; Dresden 60 000,—; Dülsdorf 3729,—;
 Düsseldorf 1000,—; Eisenberg 3000,—; Eisenach 200,—; Elberfeld
 2200,—; Elmshorn 5300,—; Elsterwerda 8000,—; Farge 3000,—;
 Flörsheim a. M. 3741,—; Frankfurt a. M. 500,—; Frankfurt a. D.
 6400,—; Fraureuth 12 500,—; Freiberg i. S. 12 000,—; Freienorla
 1200,—; Fürstenberg a. W. 8500,—; Geschwenda 4000,—; Goldlauter
 1200,—; Gotha 6000,—; Gräfenhain 2500,—; Gräfenhain 37 000,—;
 Greußen 387,60; Grünstadt 7156,57; Hausen 500,—; Hennigsdorf
 3500,—; Hermsdorf 20 000,—; Hirschau 4000,—; Hochstadt 2453,—;
 Höchstadt 2500,—; Hornberg 5876,95; Hornberg 2838,38; Ilmenau
 25 000,—; Jecha 2800,—; Kahle 32 000,—; Karlsruhe 1340,17; Kah-
 le 4486,75; Kleindembach 1000,—; Kloster Weilsdorf 13 000,—;
 Königsee 10 800,—; Königszelt 12 100,—; König 2101,25; Köppelsdorf
 30 000,—; Kronach 20 600,—; Krummenaach 2326,13; Krups 3200,—;
 Laasdorf 700,—; Lauf 400,—; Leipzig 302,—; Lettin 2300,—; Liegnitz
 379,50; Limbach 3901,42; Mäbendorf 2252,—; Magdeburg 14 100,—;
 Mannheim 3100,—; Margarethenhütte 7500,—; Marktredwitz 3000,—;
 Marktredwitz 24 400,—; Mengersgereuth 1500,—; Meuselbach 1000,—;
 Meuselwitz 6863,83; Mitterteich 5300,—; Moischendorf 2500,—; Müch-
 sen 623,80; Neuhalbensleben 24 000,—; Nürnberg 475,70; Oberkohan
 2000,—; Ohrdruf 3000,—; Osch 117,60; Oshatz 600,—; Passau 2500,—;
 Planenhammer 1500,—; Plau 5900,—; Pöbner 1600,—; Pott-
 schappel 2000,—; Preßig 555,9,—; Rauenstein 6800,—; Rehau 7000,—;
 Reichenbach 4000,—; Rheinsberg 7200,—; Rodach 8283,50; Rodach
 4300,—; Rößlau 5000,—; Rößlau 2900,—; Rudolfstadt 20 500,—;
 Schauberg 1800,—; Scheibe 2896,81; Schirnding 3500,—; Schlierbach
 19 578,24; Schmiedeberg 4000,—; Schnei 1800,—; Schönwald 20 000,—;
 Schornborn 500,—; Schramberg 3500,—; Schwarzenbach 5400,—;
 Schweidnitz 1916,23; Selb 60 000,—; Selb-Plößberg 7050,—; Sitzem-
 borf 1900,—; Sophienau 7500,—; Sorau 4500,—; Spandau 4200,—;
 Stadtilm 820,65; Stadtlengsfeld 4507,80; Staffel 6111,34; Stanowiz
 6500,—; Steinbach 1129,64; Steinwiesen 450,—; St. Georgen 650,—;
 Suhle 2000,—; Teltow 7000,—; Tettau 4300,—; Tiefenfurt 10 000,—;
 Tillowiz 6900,—; Tirschenreuth 7000,—; Triptitz 4569,10; Uhlstädt
 3241,51; Unterköbich 900,—; Unterweißbach 5126,50; Velten 4000,—;
 Vohenstrauß 3000,—; Vordamm 5800,—; Waldburg 35 000,—;
 Walbershof 2500,—; Waldbassen 9500,—; Wallhausen 2500,—; Weiden
 24 000,—; Weiskasser 2500,—; Wesel 2000,—; Windisch-Eichenbach
 2063,30,—; Wittenberg 4000,—; Wunsiedel 3200,—; Zell 2900,—;
 Zwickau 5100,—; Bredow-Marktredwitz 10,—; Eichhorn-Hörsch
 20,—; Haupt-Dresden 200,—; Hoffmann-Ilmenau 74,40; Hirsch-Wal-
 denburg 357,52,—; Klebe-Weiskasser 10,—; Klinalen-Münster 20,—;
 Kretschmer-Schwarzenberg 57,—; Kubert-New-York 137,—; Lang-
 hammer-Wilkau 125,—; Materne-Schönwald 12,—; Martin-Teltow
 52,50; Michelsohn-Berlin 152,—; Mitletta-Berlin 4,—; Petermann-
 Hermsdorf 45,—; Postabonnenten 1308,—; Richter-Dreihunten (Höh-
 men) 10,—; Rottmann-Stadtilm 50,—; Seifert-Zwickau 100,—; Ver-
 band deutscher Porzellanfabriken, Sonneberg, 4,— Mk. Summa:
 1 062 008,69 Mk.

Wilhelm Herden, Verbandskassierer.

Auma.

Sprechstunden in Kassenangelegenheiten und Auszahlung von
 Unterstützung nur Sonnabends von 1—3 Uhr, und Sonntags
 von 12—2 Uhr.

Albert Kubnt, Kassierer, Reulendorferstr. 4, part.

Arbeitsnachweis Orlamünde.

Der Arbeitsnachweis, Nebenstelle Orlamünde und Um-
 gebung, ist an das Gewerkschaftsamt übergegangen. Leiter des Nach-
 weises ist der Kartellvorstand Carl Stang, Orlamünde,
 E.-W., Edelhof. Ihre Vereinerung vom Nachweis dürfen Ar-
 beitskräfte in den angegliederten Betrieben nicht eingestellt werden.
 In letzteren gehören auch die Porzellanfabriken Freienorla,
 Uhlstädt und Reulendorf. Freie Stellen sind dem Nach-
 weis zu melden. Alle Arbeitssuchenden wollen sich nur an den Nach-
 weis wenden.
 Carl Stang.

Rehau.

Das Auszahlen der Erwerbslosenunterstützung erfolgt nur noch
 Montags und Dienstags von 5½—6 Uhr nachmittags.
 Der Kassierer: Friedrich Strunz, Adlerstr. 560.

Versammlungs-Anzeigen.

Althalbendsleben. Montag, 7. März, abends 7½ Uhr, bei Peter & Berlin. Emaillierbranche. Donnerstag, den 3. März, nachmittags 5 Uhr, bei Wollschläger.
Blankenhain. Sonnabend, 12. März, abends 8 Uhr, bei Klein. Düsseldorf. Samstag, 5. März, bei Riß, Ecke Zahn-Kirchfeldstraße. Vortrag.
Ilmenau. Montag, 14. März, abends ½6 Uhr, in der „Roseneau“.
Langwieschen. Sonnabend, 19. März, abends 8 Uhr, im „Felsenkeller“.
Magdeburg. Donnerstag, 3. März, abends 7 Uhr, im Wintergarten, Friedrichsplatz.
Mannheim-Stajertal. Mittwoch, 9. März, nachm. 3¼ Uhr, im Restaurant „Kleine Kaserne“.
Schleusingen. Montag, 7. März, abends 5 Uhr, im „Schießhaus“.
Tiefenfurt. Sonnabend, 5. März, abends 8 Uhr, in der Brauerei.

Adressen-Änderungen.

Kraustadt. Vorsitzender: Paul Koch, Güntherstr. 8. Kassierer: Albin Gräf, Krappgartenstr. 43.
Oberkohan. Kassierer: Karl Puff, Ml., Kautendorferstr. 53. Revisor: Adam Ködel, Ml., Kautendorferstr. 63.

Quittung.

Für unser Mitglied W. Klinghammer gingen noch ein 20 Mk. von der Zahlstelle Waldenburg, wofür wir bestens danken.
 Zahlstelle Blane. H. Wämpel, Kassierer.

Briefkasten der Redaktion.

1004. Die Frage ist noch strittig. Ich empfehle Ihnen, Klärung herbeizuführen, indem Sie das Verlangen stellen und im Ablehnungsfall eine Entscheidung der zuständigen Stellen herbeiführen. Hätten Sie doch Ihre Wohnungsadresse angegeben, dann konnte Ihnen ausführlichere schriftliche Antwort gegeben werden.

Versammlungsberichte aus Brattendorf, Kahla, Rabendorf, Oberkohan und Reichenbach (S.-A.) mußten wegen Raumangel zurückgestellt werden

Esterbetafel.

Althalbendsleben. Otto Mewes, Maler, geboren am 6. April 1896, gestorben am 17. Februar an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1919.
 — Gustav Ulrich, Dreher, geboren am 27. Juni 1878, gestorben am 20. Februar an Lungenentzündung. Mitglied seit 1918.
Coburg. Rosa Wittmann, geboren am 17. März 1904, gestorben durch Mörderhand am 12. Februar. Mitglied seit 1919.
Freienoria. Paul Windorf, Maler, geboren am 30. September 1891, gestorben am 27. Januar an Gehirnhautentzündung. Mitglied seit 1911.
Seringswalbe. Arthur Thalman, Maler, geboren am 14. März 1883, gestorben am 6. Februar an Kehlkopfleiden. Mitglied seit 1912.
Ilmenau. Emil Weiß, Dreher, seit 1916 Invalide, geboren am 30. September 1874, gestorben am 3. Februar an einem im Kriege zugezogenen Leiden. Mitglied seit 1896.
 — Linna Stelzner, Gießerin, geboren am 19. März 1899, gestorben am 30. Januar an Lungenentzündung. Mitglied seit 1918.
Krummenaah. Primian Hederer, Dreher, geboren am 19. Februar 1883, gestorben am 15. Februar an Lungenleiden. Mitglied seit 1919.
Roßnied. Hermann Konneberger, Maler, geboren am 30. Januar 1846, gestorben am 13. Februar an Gehirnschlag. Mitglied seit 1919.
Zell a. S. Meinrad Schneider, Dreher, geboren am 6. Januar 1857, gestorben am 16. Februar an Lungentuberkulose. Mitglied seit Februar 1920.
Zwickau. Elmar Richter, Dreher, geboren am 14. Januar 1871, gestorben am 13. Februar an Lungenentzündung. Mitglied seit 1891.

Ehre ihrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Rubert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Zum sofortigen Eintritt suchen wir einen tüchtigen Becher- und Schalenbreher. **Blankenhainer Porzellanfabrik G. & E. Carstens, Blankenhain i. Th.**

Wir suchen einen tüchtigen ledigen Kapselbreher. **Porzellanfabrik Brambach, Brambach i. Sa.**

Führer und Gießer für Gipsfiguren auf sofort gesucht. **Figurenfabrik H. Carl, Kassel.**

Tüchtige Schildermaler für dauernde Arbeit suchen **Richter & Dickmann, Bremen, Welterstr. 96.**

Tüchtiger Schleifer für sofort gesucht. Offerten unter K. Th. an die Redaktion der „Ameise“ erbeten

Empfehle mich zur Anfertigung von Stahlplatten in sauberer Ausführung bei billigster Berechnung.

Graveur **Joh. Schausch, Selb, Obere Bergstr. 8.**

Tüchtiger Schmelzer für Fährbringer-Muffel, der auch Baden von Porzellan geübt ist, per sofort für dauernde Stelle gesucht. Infolge der Wohnungsnot können nur ledige Bewerber berücksichtigt werden. Angebote mit genauen Angaben über bisherige Tätigkeit unter: „Schmelzer“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Tüchtigen Formgießer, der auch einrichten kann, sucht Dauerstellung

Hirschauer Steingutfabrik, G. & E. Carstens, Hirschau b. Amberg in Bayern.

Lebiger Großgeschirrbreher und lebiger Formgießer werden sofort eingestellt.

Porzellanfabrik Frauenth, A.-G., Frauenth (Rheinl.)

Porzellanmaler, in fast allen im Export vorkommenden Arbeiten bewandert, sucht Stellung. Auch Aushilfsstellung wird angenommen. Angebote unter „M. L. 2“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Glasmaler, eingearbeitet in Figuren, bunt und weiß, Dekor, Blumen usw., auch des Druckens kundig und mit der Leitung einer Werkstatt vertraut, sucht Stellung. Angebote unter „F. S.“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Schmelzer für kleine Schmelze gesucht. Langjährige Erfahrung, perfektes Arbeiten Bedingung. Ausführliche Offerten erbeten unter „E. D. 1“ an die Redaktion der „Ameise“.

Gelernter Kapselbreher für sofort gesucht. Offerten an die Redaktion der „Ameise“ unter „E. F. 2“ erbeten.

Geschäfts-Anzeigen.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Nische, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen zähle. Darum schick alles zu

H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen. Besteßtes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung. Man verlange Broschüre.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Nische — Pinsel — Flaschen — Metallrückstände usw. zum Einschmelzen lauft

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Goldschmiere, Goldplatten, Goldflaschen und alle in der Golderei vorkommenden Abfälle lauft zu höchsten Tagespreisen schneller und reeller Bedienung **Oskar Rottmann, Stadtilm i. Th.**

Die billigen Schuhe für Fabrikarbeiter sind Hüttenhufe — Segeltuchoberteil, Lederohle u. Hwecken. — Recht vorteilhaft lauft Sie außerdem warme Schuhe u. Pantoffel f. d. Straße u. Haus, Tausche. Sämtl. Lederschuhwaren in nur guten Qualität, billigst. Bei Sie illust. Preisliste gratis. Bei Sammelaufträgen entspr. Rabatt. **A. Alene, Schuhverband u. Pantoffelfabrik, Weißwasser (D.-L.)**

Sämtliche Pinsel für Porzellanmaler und Dreherei, sowie Drehereimeßer, Hornspachteln, Holzspachteln für Druckerei, u. Pinselstiele liefert **Paul Waterne, Schönwalb in Oberfranken.**

Goldhaltige Lappen — Nische — Schmiere Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zähle 10—20 Pf., je nach Gehalt, bei größeren auch bedeutend mehr), überhaupt alle Metallrückstände und ausgebranntes Gold lauft die Scheideanstalt von

Max Haupt, Dresden-A., Bönißch-Platz 17.

Bremer Qualitäts-Zigarren

mit 33 Proz. Rabatt, à Stück 75, 90 und 110 Pf. Versand von Stück ab in Originalistichen. Nordh. Kantabak, 15 Rollen 24 Pf. **Universal-Versand, Hermannsdorf, S.-A.**

Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art



Gold-, Platin-, Silberpreis auf Anfrage

SA 67, Zwickau, L.S. Ostw. Wehstr. 32

Heranß v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
 Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
 Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
 Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22